Vossische Zeitung
31. III. 1917
152

№ 165 Sonnabend (Morgen) **Zweite Beilage zur Vossischen Zeitung.** 31. März

Schluß der Etatdebatte im Reichstag.

Sitzung vom 30. März. Fortsetzung.

Am Bundesratstische: Kriegsminister v. Stein, Staatssekretär Dr. Helfferich.

Die zweite Lesung des **Haushaltsplans für den Reichskanzler** wird fortgesetzt.

Der Friede ohne Annexion.

Abg. **Dr. David** (Soz.) wendet sich gegen den Abg. Haase. Haase behauptete, Deutschland könne den Frieden haben, wenn es auf Annexionen verzichte. Das stimmt nicht. Meine Partei hat an die ausländischen Sozialisten einen Aufruf zu einem annexionslosen Frieden gerichtet. Man hat das abgelehnt. (Hört! Hört!) Die Franzosen wollen durchaus Elsaß-Lothringen annektieren. Wir begrüßen es außerordentlich, daß der Reichskanzler gestern an die Adresse der neuen Herren in Rußland die Erklärung gerichtet hat, daß wir uns in die russischen Verhältnisse nicht einmischen. (Beifall.) Das waren vortreffliche Worte.

Die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes stimmt ihnen zu. Freilich hat sich der Reichskanzler damit gegen die Militärzensur vergangen. Denn zur selben Zeit, als er hier diese Worte sprach, wurde in Magdeburg von der dortigen Zensurbehörde das Verbot erlassen, es dürfe in der deutschen Presse nichts erscheinen, was gewissermaßen die Zustimmungserklärung zur russischen Revolution bedeuten würde. Um so notwendiger ist es, daß außerhalb des Machtbereiches der militärischen Zensur kein Zweifel darüber gelassen wird, daß wir die neuen Herren in Rußland zu den neuen Zuständen beglückwünschen. Das Regiment des Zaren, das im Zeichen der Bluturteile furchtbarster Art im Zeichen des Galgens und der Verbannung nach Sibirien stand und das die Kräfte des russischen Volkes in brutalster Form niedergehalten hat, ist zusammengebrochen. Wir freuen uns dessen, und wir hoffen, daß es den neuen Männern gelingen wird, die neuen Dinge in Rußland so zu ordnen, daß Rußland zu einem Staatswesen wird, in welchem die Freiheit und die Gleichheit für alle herrscht.

Der weitere Verlauf der Dinge in Rußland.

ist noch unsicher. Die an erster Stelle stehenden Politiker waren bekanntlich die schärfsten Kriegspolitiker, und die englische Patenschaft der russischen Revolution zeigt deutlich genug, daß zunächst nicht beabsichtigt war, mit der Revolution einem Frieden mit Deutschland zu dienen. Aber wir hoffen, daß es den Herren nicht gelingen wird, den weiteren Verlauf der Dinge, die starke Bewegung zum Frieden in Rußland zu hemmen. Diese Bewegung wächst und wird sich durchsetzen, und wir hoffen, daß es auch der Deputation der französischen Sozialisten, die nach Petersburg gereist ist, um die russischen Sozialisten für den Krieg scharf zu machen, nicht gelingen wird, ihr Ziel zu erreichen.

Angesichts der Entwickelung der Dinge in Rußland entsteht für die deutsche Regierung die Aufgabe, alles zu vermeiden, was der Kriegsströmung in Rußland Vorschub leisten könnte, alles zu tun, was geeignet ist, sie zu schwächen. Wir setzen voraus, daß die Bereitschaft des Kanzlers zum Frieden, die er gestern ausgesprochen hat, sich nicht nur auf Rußland bezieht, sondern daß er auch weiter auf dem Standpunkt verharrt, der in dem deutschen Friedensangebot vom 12. Dezember v. J. festgelegt ist. Das ist notwendig, denn es ist eine Illusion und könnte verhängnisvoll werden, daß man mit Rußland zu einem Separatfrieden kommen könnte, daß Rußland so leicht von seinen Bundesgenossen im Westen sich trennen wird. Das wäre eine unrichtige Auffassung.

Deutschlands Friedensbereitschaft.

Daher ist es von größter Bedeutung, daß die deutsche Regierung keinen Zweifel läßt, daß sie auf dem Boden der Friedensbereitschaft ganz allgemein nach allen Seiten feststehen bleibt. Das ist auch um so notwendiger, weil es in Deutschland Leute gibt, die nach der Abweisung unseres Friedensangebotes glaubten, die Regierung müsse nun ihre auswärtige Politik in diesem Punkte revidieren. (Zuruf des konservativen Abg. von Gräfe: Sehr richtig!) Dr. David fährt fort: Ich werde sofort auf Ihre Zwischenrufe erwidern, Herr Abgeordneter von Gräfe. Es sind dieselben Herren, die das wünschen, welche die Ablehnung des Friedensangebots begrüßt haben. Kann man sich eine gröbere Blasphemie denken als Worte, wie sie der Vorsitzende eines Hamburger Vereins gesprochen hat, der sagte: Wir können Gott auf den Knien danken, daß unsere Gegner das Friedensangebot abgelehnt haben? Hier offenbart sich aber auch ein Gegensatz, über den wir uns freuen. Die Herren (zur Rechten gewendet, wollen immer patentierte Monarchisten sein. Aeußerungen, wie die, die ich eben erwähnte, richten sich gegen den Kaiser und in erster Linie gegen den Kaiser, denn er war es, der mit seiner ganzen Persönlichkeit vor der Oeffentlichkeit sich hinter dieses Friedensangebot der Regierung gestellt hat. Er hat veranlaßt, daß ein bekannter Brief an den Kanzler über das Friedensangebot veröffentlicht wurde. Wir freuen uns, daß von dieser Stelle Worte gefallen sind, die in schärfstem Gegensatz zu den von mir erwähnten frivolen Aeußerungen und Auffassungen stehen. Die Regierung darf sich von den Kriegshetzern nicht in eine andere Auffassung hineintreiben lassen. Täte sie es, so würden wir auch zu einem Konflikt innerhalb der Mittelmächte selbst kommen. Denn die österreichisch-ungarischen Staatsleiter haben keinen Zweifel gelassen, ebensowenig übrigens wie die deutsche Regierung, daß sie nach wie vor zu einem Verständigungsfrieden bereit sind. Dieselben Scharfmacher nach außen sind aber auch die schärfsten Gegner jeder Neuorientierung im Innern. Es handelt sich bei diesen Herren für immer um den Schutz ihrer persönlichen wirtschaftlichen Interessen; sie benützen die Monarchie nur als Deckung für ihre Ansprüche. Sie verlangen zwar einen König von Fleisch und Blut, darauf reimt sich aber auch „Wenn er unseren Willen tut".

Redner weist dann darauf hin, daß eine absolute Monarchie nicht immer eine starke Monarchie ist. Eine solche starke absolute Monarchie haben wir vor einigen Tagen verschwinden sehen. Auf der anderen Seite ist Eduard VII. das Beispiel der konstitutionellen Herrscher, der den allermächtigsten Einfluß ausgeübt hat. Friedrich der Große hat einmal gesagt: Der Regent muß sich immer die Frage vorlegen, was würdest du, wenn du in der Lage des Mannes wärest, der nur seiner Hände Arbeit als Vermögen hat, vom Regenten verlangen? (Sehr gut, links.) Das ist ein goldenes Wort. Wenn Sie (nach rechts gewendet), die Sie ja die Macht in Händen haben, so handeln würden, dann würden wir bald eine Wahlreform in Preußen bekommen, die unseren Wünschen entspräche. (Sehr richtig, links.)

Bei der Zwitterstellung der Reichsregierung müssen alle Vorlagen im Reich eine preußische Vorzensur durchlaufen. Der Gegensatz zwischen Reich und Preußen, der sich jetzt im Kriege entlädt, muß beseitigt werden. Ein Glück, daß der Reichstag als Kontrollinstanz dem spezifisch preußischen Geist die Klauen beschneidet! Ohne den Reichstag wäre nicht am 4. August 1914 die erste große Schlacht gewonnen worden. Ohne ihn wäre das russische Vorbild vielleicht nur ein Abbild gewesen. Das heutige Dreiklassenwahlrecht und die jetzige Zusammensetzung des Herrenhauses sind im Schatten des russischen Zarismus und von ihm gefördert entstanden. Deshalb mag angesichts der Vorgänge in Rußland im Herrenhaus eine Art Erdbeben stattfinden. Das Fideikommißgesetz hält auch einem Idioten die Bahn frei im wirtschaftlichen Kampfe. Herr von Oldenburg-Januschau will nur für 9—10 Mark der Stadt Berlin Kartoffeln liefern. (Pfui!) Wo bleiben die besonderen Leistungen der bevorrechtigten Herren? Ihre einzige Leistung ist ihre Geburt. (Heiterkeit.) Man sträubt sich gegen ein modernes Wahlrecht, weil man dem Parlament nicht „das Portemonnaie der Besitzenden" ausliefern will. Deshalb der Kampf gegen Neuorientierung und Kanzler. Wenn der Kanzler nicht den Kampf mit den preußischen Instanzen siegreich durchzuführen vermag, hat er sich mit seiner Rede vom 14. März im Abgeordnetenhaus sein politisches Todesurteil gesprochen. So wie der preußische König das Wahlrecht schuf, so mag er es auch wieder beseitigen. Dann müssen die Herren der Rechten sagen: Der Herr hat es gegeben, der Herr hat es genommen. (Heiterkeit.) Das Volk würde dieses Verfahren mit ungeheurem Jubel begrüßen. Wenn man den Hunger des Volkes nicht stillen kann, soll man ihm seelisches Brot geben, um seine Kraft zu stärken. Wer Fühlung mit dem Volke hat, weiß, daß das Wahlrecht in der Tat den Männern im Schützengraben ans Herz gewachsen ist. Auch der Abg. Erzberger ist für das parlamentarische System eingetreten. (Hört, hört!) Mit der Schaffung neuer Einrichtungen zur Verbindung von Volk, Parlament und Regierung, wofür der Kanzler eine große Volksmehrheit hinter sich hätte, wird er das Sicherheitsventil gegen gewaltsame Eingriffe haben. So sehr wir auf vielen Gebieten voraus sind, so zurück sind wir auf politischem Gebiet. Schaffen Sie ein konstitutionell-demokratisches Staatswesen, damit wir einstimmen können in den Ruf: Deutschland in der Welt voran! (Beifall links.)

Die Lehren der russischen Revolution.

Abg. **Dove** (Fortschr. Vpt.): Den Ausführungen des Reichskanzlers über die auswärtige Politik stimmen wir durchaus zu und freuen uns besonders, daß alle Parteien dieses Hauses durch ihre Erklärungen die Verleumdungen widerlegt haben, als ob Deutschland sich in die innerrussischen Dinge einmischen würde. Wir haben auch mit Freude gehört, daß der deutsche Kaiser schon 1905 dem russischen Selbstherrscher die Einführung verfassungsmäßiger Zustände nahegelegt hat. Durch Peter den Großen und Katharina II. wurde Rußland an den Westen angeschlossen, aber allmählich hat sich in Rußland das national-russische Element wieder erhoben und die an sich berechtigte Zurückdrängung ausländischer Elemente wurde mit zaristischer Brutalität durchgeführt. Seit Alexander III. kam die Unterdrückung aller fremden Volksstämme dazu, ich rede nur von Finnland! (Sehr wahr! links.) Hoffen wir, daß nun der Wendepunkt eingetreten ist und daß in Zukunft die wirtschaftlichen Beziehungen wieder angeknüpft werden, die die Brücke zu einem verständnisvollen Zusammenarbeiten bilden werden. Rußland lehrt aber auch, daß die Kraft eines Staates nicht ruht auf starker Expansion, daß die Zusammenspannung aller möglichen Völker nur erzeugt einen Koloß auf tönernen Füßen. Das wollen wir auch bei unseren Kriegszielen nicht außer acht lassen. In einem ehrenvollen Frieden wollen wir den deutschen Nationalstaat erhalten, zumal wir an der Zugehörigkeit fremder Stämme so unerfreuliche Erfahrungen gemacht haben. Darum begrüßen wir die im preußischen Herrenhause abgegebene Erklärung einer Wandlung in der Polenpolitik. Wir haben das Enteignungsgesetz, den Sprachenparagraphen usw. stets bekämpft, und ich kann aus meinen lang zurückliegenden Erfahrungen als Richter in der Ostmark sagen, daß jene Zeiten vor dem Hakatismus den jetzigen bei weitem vorzuziehen waren. (Zustimmung links.) Möge sich die Regierung in keiner Weise scheu machen lassen. Natürlich müssen die Polen ihre Staatsgesinnung betätigen.

Wir wollen keineswegs das Deutsche Reich zum Einheitsstaat machen, wir erkennen die föderative Grundlage unserer Verfassung durchaus an. Gerade in meiner Partei sitzen Vertreter aller deutschen Gaue und sogar die beiden vielbesprochenen Lippischen Staaten sind bei uns allein vertreten. (Heiterkeit.) Wir sind aber zu großen einheitlichen Reichsgesetzen gekommen, ohne damit die föderative Grundlage zu verlassen. Wir wollen unser Vaterland ausbauen und darum freuen wir uns über die Bestrebungen zur Vereinheitlichung und Zusammenfassung des Verkehrswesens. (Beifall links.) Wenn Graf Westarp sich darüber aufgehalten hat, daß im Reichstage zwar oft über preußische Angelegenheiten, aber kaum jemal über süddeutsche gesprochen werde, so liegt der Grund in der engen Verbindung zwischen dem Reich und Preußen, die z. B. in der Person des leitenden Staatsmannes und in der Verteilung der Bundesratsstimmen zum Ausdruck kommt. Man hat ja den Dualismus versucht; wenn dem Reichskanzler, auch dem Fürsten Bismarck zu große Schwierigkeiten in Preußen gemacht worden, so sagte er: „Ich halte es nicht mehr aus, das mag ein anderer machen!" (Heiterkeit.) Wenn aber die Funktion des Ministerpräsidenten von der des Reichskanzlers getrennt werde, zeigte es sich, daß das nicht ging. Die preußischen Ministerien bereiten die Reichsgesetze vor, und diese Gesetze werden von den bundesstaatlichen Verwaltungen ausgeführt. Es geht doch nicht an, daß das Reich Gesetze gibt und sich nicht darum kümmert, was daraus wird. (Sehr richtig! links.) Wir haben also das dringendste Interesse an den inneren Zuständen im größten Bundesstaat.

Der Bürokratismus im Kriege.

Die Zivilverwaltung ist zur Zeit überall durch die militärische Verwaltung aus den Angeln gehoben. Die Militärverwaltung ist ja keineswegs ideal, das beweist die Handhabung von Zensur und Belagerungszustand. (Lebhafte Zustimmung links.) Aber in manchen Stücken ist sie doch besser. Meinem Fraktionskollegen Dr. Struve ist auf die von ihm unterstützten Beschwerden über die Wildschäden in Holstein vom Generalkommando eine dilatorische Antwort gegeben worden. Die Regierung aber teilte mit, es sei eine allgemeine Zählung des Rot- und Dammwildes angeordnet (Heiterkeit), die um 7½ Uhr morgens beginnen werde (große Heiterkeit), und zum Schluß wird Seiner Hochwohlgeboren anheimgegeben, an der Zählung teilzunehmen. (Stürmische Heiterkeit.) Der Regierungsrat stellt sich vielleicht diese Viehzählung wie eine Volkszählung oder Kontrollversammlung vor. Aber diese Antwort haben viele Leute erhalten, auch ein 72jähriger Mann. (Hört, hört! links.) Das muß geradezu als eine Verhöhnung erscheinen (lebhafte Zustimmung) in einer Zeit, wo alles Erreichbare für die Volksernährung herbeigeschafft werden muß. Dr. Struve scheint überhaupt etwas verdächtig zu sein; ein von ihm als Absender gezeichneter Brief an einen Fraktionskollegen ist diesem mit dem Stempel zugekommen: „Unter Kriegsrecht geöffnet". (Hört, hört! links.) Woher kommt diese Zusammensetzung der preußischen Verwaltung? Vom preußischen Landtag. Die Herren dort geben die Richtung an. Es geht so nicht weiter. Trotz der Ablehnung des Grafen Westarp hat Herr v. Heydebrand das preußische Wahlrecht „fast" ideal genannt. Die weitesten Kreise sind anderer Meinung. Die preußischen Zustände sind zurückgeblieben. Die Rechte beruft sich immer auf Friedrich den Großen. Ich weiß nicht, ob er Ihnen in jeder Richtung sympathisch wäre, wenn Sie ihm Auge in Auge gegenüberstehen würden. (Sehr gut! links.) Sie erkennen die Grundlagen des Volksheeres jetzt an, aber immer 50 Jahre später. Sie haben auch die Stein und Hardenberg als Kryptojakobiner angesehen. In der „Kreuzzeitung" wurde in einem Artikel zum Lobe des Herrenhauses die ganze Weltliteratur aufgeboten. Die Fülle der Belesenheit und die Sucht, sie zur Schau zu tragen, verrät den Verfasser. Der Reichskanzler will jetzt nicht an Reformen herangehen. Denken Sie doch an Stein und Hardenberg, die in der schlimmen Zeit von 1807 zu Reformen geschritten sind. Der in der Selbstverwaltung Tätige weiß zum Beispiel, welche Versündigung an ihr mit der Schaffung des Groß-Berliner Zweckverbandes geschehen ist. In Görlitz wurde ein Landrat nicht bestätigt, mit der Begründung, er habe nicht ein Jahr seinen Wohnsitz im Kreise gehabt, sondern nur in der Stadt Görlitz. Herr v. Loebell hat Angst vor dem alten Spruch „Stadtluft macht frei". Das ist kein Ideal von Selbstverwaltung.

Märzwind im Herrenhause.

Jetzt sind ja andere Töne im Herrenhaus laut geworden. Märzwind hat sich gezeigt. Aber es bleibt die Vertretung des altpreußischen Junkertums. Für die Kleist, Roon, York gilt die nützliche Mahnung: „Was du ererbt von deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen!"

Der Reichskanzler war nicht durchaus ablehnend gegen das Streben nach einer Demokratisierung des Wahlrechts. Er gab eine dilatorische Antwort. Er meint, der Augenblick sei noch nicht gekommen. Das läßt die Hoffnung zu, daß die Stunde vielleicht nicht all zu lange auf sich warten lassen wird. Wir werden uns darüber ja in dem geplanten Ausschuß zu unterhalten haben. Wir möchten endlich auf einem Gebiet sehen, daß der Reichskanzler Verständnis für den Geist der neuen Zeit hat. (Lebhafter Beifall links.) Beim Fideikommiß hat er keine Bedenken gehabt. (Sehr gut! links.) Es ist ein Zeichen von schönem Idealismus, daß man das Wahlrecht zu einer Zeit fordert, wo die Kartoffeln und das Brot knapp sind. Die Reform muß endlich kommen. Man könnte ja beim Herrenhause anfangen. Es muß aber Ernst gemacht werden. Die Woge bringt den kühnen Schwimmer vorwärts, aber den Zagenden reißt sie hinab. Möge der Reichskanzler seine Bedenken überwinden und an das Wort denken: „Am Anfang war die Tat!" (Lebhafter Beifall links.)

Abg. **Schiffer** ntlib.): Die autoritative Feststellung des Reichskanzlers, daß wir uns in die inneren Verhältnisse Rußlands nicht einmischen, war wohltuend berührte es auch, daß der Kanzler sogar von dem menschlichen Mitgefühl mit dem Schicksal des russischen Herrscherhauses gesprochen hat. Die russischen Liberalen klammern sich nicht aus Kriegslust an England, sondern sie sind kriegslustig, um Enaglands Unterstützung zu haben, weil sie nur damit die Herrschaft im Innern erhalten zu können glauben. Da wirkt die heilige Allianz noch nach. Ueber die weitere Entwicklung der russischen Revolution soll man nichts voraussagen. Die Abgeordneten Ledebour und Haase haben ja auch früher prophezeit, im Verein mit ihren Freunden im Ausland könnten sie jeden Krieg hintanhalten. Deswegen wollen wir uns lieber auf die ungeschwächte Stärke unseres Schwertes verlassen.

Die Wandlung des Reichskanzlers.

Bei seinen Ausführungen zu der inneren Politik hat der Reichskanzler den einen Gedanken voraufgestellt, wie der Krieg zu einem guten Ende gebracht wird. Der Eindruck wäre stärker und nachhaltiger gewesen, wenn er nicht hätte einräumen müssen, daß in der polnischen Frage die grundsätzliche Stellung aufgegeben und damit erschüttert ist. Der Reichskanzler hat sich gewandelt, warum sollen wir uns nicht auch wandeln. Nachdem der Reichskanzler erst einmal den Damm durchstochen hat, wird er den Strom der Dinge nicht einzuhalten vermögen. Nachdem der erste Schritt getan, kann man die Seele des Volkes nicht Halt machen lassen vor dem, was sie nun einmal begehrt. Vielleicht kommt der Reichskanzler doch noch zu einer anderen Ueberzeugung, wenn er die Sprache der Tatsachen auf sich wirken läßt und ihnen sein Herz und Ohr nicht verschließt. (Beifall.) Den Ruf nach einer Oktroyierung eines besseren Wahlrechts kann ich nicht unterstützen. Das ist ein gefährliches Spiel mit dem Absolutismus, ihn aufzurufen, wenn er einem gerade paßt. Das führt auf eine abschüssige Bahn und zeugt auch von keinem Vertrauen zum Monarchen, wenn man ihm den Staatsstreich zumutet. Unser Vertrauen wurzelt tiefer, wir sind überzeugt, daß er der Bedeutung der Stunde Rechnung tragen wird. Das Band zwischen Kaiser und Volk ist durch den Krieg enger und fester geworden. Niemand will die festen monarchischen Grundlagen des Volkes erschüttern. Man wird den Gang der Dinge erleichtern, wenn wir auch durch ruhige, gerechte und leidenschaftslose Behandlung der Frage uns dem Ernst der Stunde anpassen. Aeußere und innere Politik lassen sich auf die Dauer nicht trennen. Das haben wir am heiligen römischen Reich erlebt. Deshalb müssen wir stets auch daran denken, wie die innere Parteipolitik auf das Ausland wirkt. Zweifellos hat die Haltung eines Teils unserer Presse mit schuld daran, daß sich die Welt gegen uns verschworen hat. Nicht zu vergessen, wie der innere Kampf nach außen wirkt, ist ein Gebot der Gemeinsamkeit, die den Kampf ergänzen muß.

Fürst Bülow sagt in seiner deutschen Politik, das preußische Staatsleben müsse sich mit dem deutschen so aussöhnen, daß beide ineinander wirken, ohne einander zu schwächen. Das ist eine der Hauptprobleme der gesamten inneren Entwicklung. Bei der ganz einzigartigen Stellung Preußens mit seiner ungeheuren Uebermacht im Gefüge des Deutschen Reiches müssen die unendlich reichen Kräfte Preußens im Reich voll lebendig sein, ohne daß beiden in ihrer berechtigten Eigenart geschadet wird. Eine stärkere Betonung des Reichsgedankens wird sich offenbar durchsetzen. Preußen muß seinen deutschen Beruf erfüllen. Auch Bismarck hat erst allmählich die Einsicht gewonnen, daß Preußen sein Ziel nur erreichen konnte, wenn aus ihm ein deutsches Reich wurde. Diesen Gedanken muß die preußische Staatskunst weiter ausdenken. Als 1848 das liberale Ministerium beseitigt wurde, erließ das neue eine Erklärung, daß die Weltlage ein starkes Preußen verlange daß aber nur ein freies Preußen stark sein könne.

Gegen den Kastengeist.

Preußen kann nur in Deutschland stark sein und nur auf dem Boden der in Deutschland als sittlich empfundenen Freiheiten. Mit weitem Blick und offenem Herzen sollte man an die freiheitliche Ausgestaltung unserer Verhältnisse gehen, soweit es sich mit dem Gesamtinteresse und dem starken und niemals lockernden Gefühl für unser Staatswesen vereinbaren läßt. Wir müssen alles tun, was getan werden kann, um die Kraft zu haben, übermäßigen Ansprüchen